

Drei Säulen für den Umbau, für das Abkoppeln der Existenz von der Profit- und Verdrängerarbeit

des Arbeitsmarktes und der sozialstaatlichen Netze arbeiten. Aber solange Erwerbsarbeit überwiegend Profitarbeit ist – und das ist unsere Lage –, kann der Sinn des Lebens dort nicht gefunden werden. Die Erneuerung läuft auf eine dramatische Koexistenz hinaus. Es wird darum gehen, Verständigungsprozesse zu organisieren.⁴

1. Ein Abkoppeln des für ein Teilhaben an der Gesellschaft nötigen Einkommens sowohl von der Erwerbsarbeit als auch von Symptomen der Bedürftigkeit; ein Bürgergeld, Unbedingtes Einkommen, Grundeinkommen . . .

2. Ein Aufbruch zu sinnvollen Tätigkeiten in der ganzen Breite der ökologisch und sozial wünschenswerten Dienste und Neuerungen; und die öffentliche Förderung solcher Aufbrüche.

3. Unter dieser doppelten Voraussetzung und nur dann: ein funktionsfähiger, flexibler Arbeitsmarkt – freilich nur in Verbindung mit einem ausreichenden Grundeinkommen, das den Zwang mildert, zu jeden Bedingungen und ständig Erwerbsarbeit aufnehmen zu müssen.

Das ist das Projekt einer Gesellschaft, die mehr auf Sinn – und das heißt auf politische und kulturelle Übereinstimmung – als auf Profit ausgerichtet ist. Eine dramatische Koexistenz zwischen Erwerbsarbeitsgesellschaft und einer Vielzahl von sozialen Experimenten: So mag es möglich werden, den gefährdeten Zusammenhalt, den sozialen Frieden zu gewinnen.

Literaturhinweise

Hannah Arendt, *Vita activa*, Stuttgart 1960; Till Bastian, *Ab-schied vom Untergang. Essay über die Idiotie des Wachstums und die Rückkehr zum ökologischen Maß*, Publik-Forum 1996; Friedhelm Hengsbach – Matthias Möhring-Hesse (Hg.), *Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise*, Frankfurt 1995; Erich Kitzmüller, *Gewalteskalation oder neues Teilen*, Thaur 1996; Ina Paul-Horn (Hg.), *Transformation der Arbeit*, Wien 1996.

x Ulrich Thien
Die Arbeits- und
Gewinnergesell-
schaft mit der
Trauer und den
Ängsten der Ver-
liererinnen und
Verlierer wahr-
nehmen

Es gibt zwar auch „Gewinner“ des Arbeitsmarktes; es scheint aber so zu sein, daß eine immer größere Zahl von Menschen zu Verlierern wird, wie die folgende Analyse zeigt. red

Der Mensch ist zum Spielball des immer undurchschaubarer werdenden Kapitals und seiner Bedingungen geworden. „Dies führt zu einem unmenschlichen Druck auf die Belegschaften. Menschen werden gegeneinander aus-

⁴ Siehe Ina Paul-Horn (Hg.), *Transformation der Arbeit*, Wien 1996.

Menschen in Arbeit

gespielt und durch die vorherrschende Angst (um Arbeitsplatzabbau – UT) erpreßt. Von Humanisierung in den Betrieben redet kaum noch jemand, als wäre sie zum Luxusgut geworden. Es ist kein Wunder, daß die Solidarität der Arbeitnehmer in den Betrieben und der Betriebe untereinander schwindet. Arbeitnehmer verzichten immer mehr auf angestammte Rechte.¹

Die reale Angst vor Arbeitslosigkeit läßt viele Menschen still werden, mit wenig Bereitschaft zu solidarischen Aktionen. Der einzelne Mensch kann es sich nicht leisten, Anklagen gegenüber denen zu erheben, die für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich sind. Viele lassen den gesteigerten Leistungsdruck, Akkord, Überstunden, schlechte, ungesunde, ausbeuterische Arbeits(platz)bedingungen über sich ergehen, um die Arbeit nicht zu verlieren.

Frauen sind die eigentlichen Verliererinnen

Der Wunsch einer alleinerziehenden Frau: *„Ja, ich möchte eine anständige Arbeitsstelle bekommen. Das ist meine Hoffnung, das ist meine Sehnsucht. Mein Bedürfnis ist, von der Sozialhilfe loszukommen, um meinen Kindern etwas Besseres bieten zu können.“*²

Frauen haben es immer noch ungleich schwerer, selbstverständlich gesellschaftlich anerkannt zu werden, eine Erwerbsarbeit zu bekommen, angemessene soziale Leistungen zu erhalten. Mädchen erhalten trotz guter Schulabschlüsse immer noch schlechteren Zugang zu Ausbildungsplätzen als Jungen. Manche Berufszweige sind fast ausschließlich Männern vorbehalten. Besonders Frauen werden „überschult“ und anschließend perspektivlos in Arbeitslosigkeit entlassen. Frauen mit Kind(ern) geben häufig die Erwerbsarbeit auf und haben schlechte bis aussichtslose Chancen des Wiedereinstiegs nach längerer Kinderphase. Bemerkungen wie *„Ihre beruflichen Fähigkeiten sind veraltet – Sie sind zu alt und zu teuer – Sie stellen zu viele Forderungen“* markieren diese Situation.

Jugendliche in einem „Sozialen Brennpunkt“

„Seit meinem 6. Lebensjahr wohne ich in dem Übergangshaus. Mit 14 Jahren bin ich aus der Sonderschule entlassen worden. Dann bin ich arbeiten gegangen, als Beifahrer. Ich mußte arbeiten, weil ich Geld zu Hause abgeben mußte. Wir haben mit 5 Mann auf 40 qm gewohnt . . . Ich wollte direkt alles haben, das war der Untergang. Dann stehst du im Schlamassel drin und kommst nicht mehr raus. Mit schuld sind auch die Eltern und das Milieu und alles.“

¹ Projektgruppe „Kirche und Arbeiterschaft“ im Bistum Aachen (Hrsg.), Hautnah. Ein-Blick von unten, Lebensbilder von Arm-Gemachten, Reihe Arbeit & Menschenwürde Bd. 3, Bornheim 1995, 15 f.

² A. a. O., 29.

So beschreibt ein Jugendlicher, der in einem Sozialen Brennpunkt lebt, seine in den letzten Jahren immer perspektivloser gewordene Situation. Diese Jugendlichen haben vielfach keinen Schulabschluß, ihre Eltern sind arbeitslos; sie besuchen eine Maßnahme des Arbeitsamtes nach der anderen; viele haben Probleme mit Alkohol und Drogen. Die schulische „Laufbahn“, das soziale Umfeld u. ä. setzen unwiderrufbar negative Voraussetzungen. „Jung und schon am Ende, allzu früh abgeschrieben, aussortiert, ohne Perspektive, überflüssig, nicht verwertbar in unserer Gesellschaft, weil bildungslos, berufslos, beziehungslos, arbeitslos, wohnungslos, kontolos, hoffnungslos!“³

Arbeitslose in der Caritasberatung

Durch das angeblich so dicht geknüpft soziale Netz in der BRD fallen immer häufiger Arme, Arbeitslose und Ausgegrenzte. Sie landen nicht selten bei der Caritas und anderen Wohlfahrtsverbänden. Knapp ein Fünftel aller Caritas-Besucher sind arbeitslos, davon über die Hälfte zwei oder mehr Jahre. Mehr als die Hälfte ist hoch verschuldet. Die Lebenszufriedenheit der Arbeitslosen ist sehr gering. Berufliche Fragen, Schwierigkeiten mit Behörden und in Rechtsfragen sowie Partnerprobleme stehen im Vordergrund der Caritasberatung.⁴

1. Zukunftsängste und Perspektivlosigkeit – Die psychosoziale Situation der Arbeitslosen

Lebensgeschichten von Frauen, Männern, auch von Kindern und Jugendlichen verdeutlichen, daß eine mittlerweile quer durch die Gesellschaft gehende Massenarbeitslosigkeit und -armut die Psyche der Menschen angreift und Illusionen oder Lebenshoffnungen im Keim erstickt.

Die Chancen einer sozialen Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft sind für die Menschen über Erwerbsarbeit und geregeltes Einkommen gewährleistet. Mit dem Verlust der Erwerbsarbeit bricht nicht nur das regelmäßige Einkommen und damit die Grundlage für die Realisierung des alltäglichen Lebens weg, sondern es entfallen auch soziale Räume und Beziehungen am Arbeitsplatz, Möglichkeiten von Selbstbestätigung. Die traditionellen Rollen, Arbeitsverteilungen und Zeitstrukturen geraten aus den Fugen. *„Ich zog mich mehr und mehr zurück, verbrachte sehr viel Zeit allein und fühlte mich sehr einsam . . . Ich verlor von Tag zu Tag mehr Orientierungspunkte: Beziehungen, feste Zeiten im Ablauf der Woche und der einzelnen Tage, meine finanzielle Situation.“*⁵

³ A. a. O., 82.

⁴ Vgl. Richard Hauser – Werner Hübinger, Arme unter uns, Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung, Deutscher Caritasverband (Hrsg.), Freiburg 1993, 337 ff.

⁵ A. a. O., 73.

Arbeitslosigkeit zieht bei den unmittelbar Betroffenen und auch bei Kindern und Familien psychische und psychosomatische Auswirkungen oder „Deformationen“ (Steinkamp) nach sich. Dies sind z. B. Kontrollverluste bei der eigenen Lebensgestaltung, Hilflosigkeit, Abnahme von Selbstvertrauen gegenüber Mitmenschen, Depression, Apathie, Wertlosigkeit. Offenkundige Beschädigungen und soziale Veränderungen wirken sich auf die Menschen aus, auf ihre zwischenmenschlichen Beziehungen zu Nachbarn, Freunden und in Stadtteilen, sozialen Netzwerken und Vereinen. Die betroffenen Menschen deuten ihre Lebenssituation deshalb oft als hoffnungslos, ausgebeutet, ausgrenzend oder die Menschenwürde mißachtend. Sie ziehen sich vielfach aus Scham zurück und deuten ihre Arbeitslosigkeit als persönliches Versagen. Über Partner- oder Familienprobleme und/oder finanzielle Unsicherheiten geraten sie in einen ausweglosen Teufelskreis.

Das christliche und gesellschaftliche Prinzip Hoffnung auf Erwerbsarbeit, auf Lebensperspektiven ist brüchig geworden und wirkt beim einzelnen resignierend. Langzeitarbeitslose, die „keine Arbeit finden, werden schließlich in vielen Fällen unfähig, Arbeit zu suchen, und werden zu Menschen ohne Erwartungen. Verbitterung und Resignation zerstören das Vertrauen in die demokratische Gestaltbarkeit der Gesellschaft.“⁶

Die Arbeit los zu sein bedeutet, je nach individuellem Lebensstandard und -bedingungen, mit viel weniger Geld oft sehr lange auskommen zu müssen. Damit verbunden ist das Gefühl, trotz viel Zeit nichts mehr wert zu sein oder nicht mehr gebraucht zu werden. Erwerbsarbeitslose und arme Menschen haben wie andere vielfältige Fähigkeiten, Hoffnungen und andere Werte und Ideale, die bei den üblichen Negativzuschreibungen nicht beachtet oder gesehen werden: z. B. für die Entwicklung und Entfaltung der Kinder zu sorgen, im Betrieb Familie gut Haushalten zu können, die Wohnung gemütlich einzurichten, ein guter Heimwerker, eine besonnene Autofahrerin, eine gute Mutter oder ein treusorgender Partner zu sein. Solche und ähnliche Qualitäten können die Frustrationen des ersten Arbeitsmarktes, das Gefühl, nicht mehr gebraucht, zu jung oder zu alt zu sein, nicht aufheben.

Arbeitslosigkeit wird als „letzter Auslöser und dickes Ende“ erlebt. Laufende Kosten für Lebensmittel, Klei-

⁶ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Hannover – Bonn 1997, 53.

dung, Miete, Kreditverpflichtungen führen binnen kurzem zu Überschuldungen und zum täglichen „Offenbarungseid“. Viele haben „zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel“, weil sie oft zu lange versucht haben, ihre kritische Lebenssituation selbst zu bewältigen. Isolation, Depression und psychosoziale Streßsituationen eskalieren unter den existentiellen Nöten. Die Kinder schämen sich, die Arbeitslosigkeit des Vaters benennen oder sich als Arbeitslosenhilfebeziehende für Schulmaterialien, Klassenfahrten „outen“ zu müssen. Diese ausweglose Situation wird potenziert angesichts überteuerter Wohnungen, Kinderreichtum, durch das Vorstelligwerden beim „Amt“, durch fehlgeschlagene Bewerbungen, durch persönliche Krankheiten und Überforderungen.

2. Die GewinnerInnen und die VerliererInnen der Arbeitsgesellschaft

Zu den Gewinnern des Arbeitsmarktes zählen jene, die sich dort als leistungsstarke, schnelle und besonders fitte „MalocherInnen“ behaupten und Qualität anbieten können, gute schulische Leistungen oder Geld mitbringen oder schlicht eine Marktlücke ausfüllen. Gefragt sind Menschen, die ihr hohes Wissen nicht nur beherrschen, sondern auch entsprechend vermarkten können. Viele in höheren Positionen nutzen ihre Gewinnerpositionen oft noch weiter aus, indem sie (auch mit mehreren Jobs, vielen Überstunden) die Wochenarbeitszeit überdimensional überschreiten und ihr hohes Einkommen kaum genießen können. Gewinnende in der Gesellschaft sind Menschen in hochproduktiven Bereichen, während die Unzähligen in den Dienstleistungsbereichen weniger Chancen haben. Gesellschaftlich besonders privilegiert sind auch Beamte und Ruheständler durch besonders abgesicherte Arbeitsplätze und die Altersversorgung (derzeit das 2,8fache des Eingezahlten).

Zu den Verlierern zählen demnach jene, die – aus welchen Gründen auch immer – solche Werte, Voraussetzungen, Möglichkeiten und Fähigkeiten nicht mitbringen. Unbefristete, angeblich sichere Arbeitsverhältnisse oder qualifizierte ArbeitnehmerInnen sind heute vor Arbeitsverlust nicht gefeit. Schwächere oder leistungsgeminderte MitarbeiterInnen, psychisch Labile, gesundheitlich Beeinträchtigte, auch falsch Qualifizierte oder Überqualifizierte müssen Angst vor Arbeitslosigkeit haben. Kurzfristig Arbeitslose erhalten zusehends weniger Chancen. Langzeitarbeitslose, Ungelernte, AusbildungsabbrecherInnen, Arbeitsverweigerer/verweigerinnen, in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung „Geparkte“ haben realistischerweise Null-Chancen auf dauerhafte Arbeit.

Seit 1991 ist die Anzahl der Beschäftigten in der BRD um insgesamt 2,3 Mio. gesunken. Derzeit (November 1997) sind 4,3 Mio. Menschen bei den Arbeitsämtern offiziell

registriert, davon über die Hälfte Langzeitarbeitslose. Tatsächlich ist die Zahl Erwerbsloser wesentlich höher und wird auf über 7 Mio. geschätzt, weil Menschen mit „häufigem Beschäftigungswechsel“, TeilnehmerInnen von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen als „stille Reserve“ nicht registriert werden.

Arbeitslosigkeit macht die Betroffenen weder aufgrund ihrer Lebensbedingungen, ihrer Befindlichkeit, ihres Selbstverständnisses noch aufgrund der Statistik oder Politik zu einer homogenen Gruppe. Jede(r) Arbeitslose hat eine individuelle Geschichte, die sich immer auch auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Verursachungszusammenhänge bezieht. Folgende Gruppen können unterschieden werden:⁷

- kurzzeitig und leicht vermittelbare Arbeitslose: mit Qualifikationen, hoher Motivation u. ä.;
- „neue“ Arbeitslose, die vielfach nicht in der amtlichen Statistik auftauchen: Jugendliche ohne Ausbildungsplatz oder Weiterbeschäftigung, junge Akademiker ohne adäquate Arbeit, Frauen nach Schwangerschaft und Familienphase;
- Arbeitslose, die sich mit der Situation „abfinden“ und sich meist nicht zur Verfügung stellen;
- schwer vermittelbare Arbeitslose: Menschen, die gerne arbeiten möchten und aufgrund von Krankheit, Behinderung, fehlender Leistungsfähigkeit, mangelnder oder falscher Qualifikationen nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen;
- altersbedingte Arbeitslose: über 45jährige, die nicht mehr gebraucht werden (können), die aufgrund von Zuständigkeiten anderer Leistungsträger entlassen werden;
- Langzeitarbeitslose: Menschen, die ein Jahr und länger als arbeitslos registriert sind, leben von alimentierter Arbeitslosenhilfe und zu über 45% von ergänzender Sozialhilfe;
- arbeitslose AusländerInnen, die sich in allen vorgenannten Gruppen finden: bedingt durch Fremdsein und Andersartigkeit sowie durch Distanz der übrigen Gesellschaft verschärfen sich Probleme mit der Arbeitslosigkeit.

Die Mechanismen des Arbeitsmarktes produzieren viele Gewinner und immer mehr VerliererInnen. Der Stundenlohn der Arbeiter ist immer noch besser als der der Arbeiterinnen. Über ein Drittel aller beschäftigten Frauen

⁷ Vgl. unsere seelsorge. Informationen und Anregungen für den pastoralen Dienst, Themenheft: Menschen ohne Erwerbsarbeit, Münster, März 1997 (47. Jahrgang), 4 f.

mit steigender Tendenz waren 1994 teilzeitbeschäftigt, ohne daß langfristig neue Vollzeitstellen geschaffen wurden. Darüber hinaus nutzen überwiegend Frauen die geschätzten 11 Mio. „ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse“ ohne rechtliche, zeitliche und tarifliche Absicherung, ohne Sozialversicherung. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse – das sind Jobs bis zu 610 Mark Verdienst, mit weniger als 15 Wochenstunden oder 50 Tagen im Jahr – sind z. Z. auf etwa 5,6 Mio. überdimensional angestiegen und zu typischen Frauen-„Normalarbeitsplätzen“ (90% der Putzstellen und der Heimarbeiten) geworden.

Diese beispielhaft genannten Beeinträchtigungen und Diskriminierungen sind kennzeichnend für die Situationen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und führen in der Konsequenz zu weiterer Verarmung und vielfältigen, nicht nur staatlichen Abhängigkeiten. Da Arbeit – besonders für Frauen – mehr ist als Lohnarbeit und die Arbeit im Haus, bei der Erziehung der Kinder und in gesellschaftlichen Initiativen ebenfalls bedeutsam ist, müßten auch die Arbeitsgesellschaft, die unterschiedlichen Menschen, Lebensalter und Lebenssituationen weit differenzierter betrachtet werden. Einige SozialwissenschaftlerInnen (z. B. Notz) typisieren sehr zutreffend die vorfindlichen „Arbeitsmärkte“:⁸

1. Arbeitsmarkt mit zumeist regulärem Tariflohn und zukünftigen Abbautendenzen;
2. Arbeitsmarkt mit untertariflicher Bezahlung: 610-DM-Beschäftigungsverhältnisse, Dienstleistungen im privaten und hauswirtschaftlichen Bereich;
3. Arbeitsmarkt mit staatlich subventionierten Arbeitsplätzen: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Projektmittel;
4. Arbeitsmarkt mit neuer Arbeitspflicht für Langzeitarbeitslose und SozialhilfebezieherInnen;
5. Arbeitsmarkt mit illegalen Arbeitsverhältnissen: z. B. Asylsuchende, AusländerInnen, Frauen in Privathaushalten mit vielfältigen Abhängigkeiten, zunehmend auch Kinder;
6. Arbeitsmarkt mit unbezahlten „Arbeitsverhältnissen“ im Sozial- und Gesundheitsbereich: die vielfältige ehrenamtliche oder freitägige Arbeit von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden;
7. Arbeitsmarkt mit Haus- und Familienarbeiten.

⁸ Vgl. *Gisela Notz*, Die Auseinandersetzung dauert an – Frauen im Kampf um Arbeit und Menschenwürde, in: *Arbeit und Menschenwürde, Standpunkte – Kontexte – Perspektiven*, Wissenschaftliche Arbeitsstelle des Oswald-von-Nell-Breuning-Hauses (Hrsg.), Bornheim 1996, 105 ff.

3. Der Sozialstaat oder wie brüchig ist das soziale Netz

Die Gesellschaft definiert sich in der BRD immer noch als Arbeitsgesellschaft, orientiert an der männlichen Normalerwerbsbiographie. Über Arbeit als gesellschaftliches Integrationsmittel werden Einkommen und damit Teilnahmekancen an wichtigen gesellschaftlichen Bereichen verteilt, wie etwa Wohnen, Bildung, Konsum, Gesundheit, Freizeit usw. Durch sinkende Einkommen, steigende Mieten, Verdrängungsprozesse aus preiswertem Wohnungsbestand, Verschuldung und z. T. menschenfeindliche Produktionsverfahren entwickelt sich ein Armutskreislauf „ohne Arbeit keine Wohnung, ohne Wohnung keine Arbeit“, der allzuoft einen vorläufigen Endpunkt in städtischen Obdachlosenunterkünften oder auf der Straße findet.⁹

Vor dem Hintergrund von Vollbeschäftigung hat die staatliche Sozialpolitik die soziale Abfederung übernommen. Ein Rechenbeispiel zeigt, wie die Leistungen der Arbeitslosenversicherung Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut bringen können:

Ein Arbeitsloser erhält von seinem letzten Lohn in Höhe von 4.000 DM 63% Arbeitslosengeld, nach einem Jahr 53% Arbeitslosenhilfe und ergänzende Sozialhilfe; bei einer anschließenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahme erhält er nur noch 3.200 DM; wird er wieder arbeitslos, bekommt er nur noch 2.016 DM Arbeitslosengeld und ein Jahr später 1.696 DM Arbeitslosenhilfe usw.

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen greifen immer weniger. Nach dem neuen Arbeitsförderungsreformgesetz (AFRG) stehen wirtschaftliche Interessen deutlich vor wirksamen Maßnahmen, leistungsfähige vor benachteiligten Arbeitslosen, ein Abrutschen in die Sozialhilfe erfolgt noch schneller.

Sozialhilfe, Wohngeld und andere Sozialleistungen können die dauerhaften Benachteiligungen des Arbeitsmarktes nicht auffangen. Auch beim Arbeitgeber Kirche liegt der Erwerbtslohn unterer Vergütungsgruppen für MitarbeiterInnen mit Familien nur knapp über der Sozialhilfe.

Die sozialstaatlichen Instrumente verfehlen ihre Ziele und dokumentieren Leistungsunfähigkeit angesichts niedriger Beitrags- und Steuereinnahmen und angesichts steigender Zahlen von Leistungsbeziehern. Die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sind nach wie vor auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse von vor 40 Jahren zugeschnitten. Sie begünstigen den vollbeschäftigten Arbeitnehmer bei seinen An-

⁹ Vgl. hierzu auch Ulrich Thien, Wohnungsnot im Reichtum. Das Menschenrecht auf Wohnung in der Sozialpastoral, Mainz 1997.

rechten in den Sozialversicherungen im Problemfall Krankheit, Arbeitslosigkeit, Rente. Dementsprechend sind Menschen, die nicht in dieses Schema passen, die eigentlichen Verlierer.

Die Gesellschaft besitzt offenkundig „Gerechtigkeitslücken“¹⁰, wenn Arbeitslosen dauerhaft Erwerbsarbeit vorenthalten wird, sie nicht am Wohlstand aktiv beteiligt werden und statt dessen durch eine Politik von Sicherheitskontrollen und Mißbrauchsverdächtigungen pauschal verdächtigt werden. Da ist nur noch betteln angezeigt. Durch die „soziale Mißbrauchsdebatte“ werden „die Opfer der gegenwärtigen Konjunktur- und Strukturkrise zu den vermeintlichen ‚Tätern‘ erklärt, die durch entsprechende Anreize, nämlich durch verminderte Sozialeinkommen oder durch Arbeitsdienste, zu einer gesellschaftlich konformen Leistungsbereitschaft angehalten werden sollen. Wider besseres Wissen wird so den Erwerbslosen die Verantwortung für ihre Arbeitslosigkeit zugewiesen, deren Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt sowie aus den komfortablen Sicherungssystemen mental eingeübt und legitimiert.“¹¹

4. Gesellschaftliche Veränderungen und ökonomische Umbrüche bewerten¹²

Aktuelle Veränderungen der Arbeitsgesellschaft und der politische Umgang mit der Problematik von Arbeitslosigkeit müssen bis in die 50er und 60er Jahre zurückverfolgt werden. Der Schlüssel ist in Zeiten von Voll- und Überbeschäftigung, von Wirtschaftswunder und vollmundigen Überwindungsstrategien der Arbeitslosigkeit zu suchen. Angesichts von wachsender Arbeitslosigkeit, von Konjunkturabschwung und Finanzkrisen öffentlicher Haushalte sind in den 70er Jahren die Grenzen des Wachstums und der Machbarkeit von Wirtschaft und Staat in der Gesellschaft deutlich geworden. Seither hat man sich an die Massenarbeitslosigkeit gewöhnt. Die unterschiedlichen Regierungen versuchen mit immer gleichen Maßnahmen – wie etwa Wirtschaftswachstum anzuregen, Unternehmerkosten zu senken und Sonderprogramme für Benachteiligte des Arbeitsmarktes aufzulegen – Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Mit dem einzigen Erfolg, daß sich nach jedem Konjunkturunbruch der

¹⁰ Vgl. *Matthias Möhring-Hesse*, Abgeschrieben. Die Gesellschaft grenzt Arbeitslose immer mehr aus, in: Caritas in NRW, Zeitschrift der Diözesan-Caritas-Verbände Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn 5/94, 6–10, 9.

¹¹ Solidarität am Standort Deutschland. Eine Erklärung von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Nell-Breuning-Institut Frankfurt (Hrsg.), Frankfurt 1994 (Eigendruck), 14.

¹² Vgl. hierzu *Wolfgang Kessler*, Wirtschaften im dritten Jahrtausend, Leitfaden für ein zukunftsfähiges Deutschland, Oberursel 1996. Ein Beispiel für die ökonomischen Umbrüche: Der Siemens-Konzern steigerte im Haushaltsjahr 1995 seinen Jahresüberschuß um 26,4% auf 2,084 Mrd. DM bei einem Abbau von 7.000 Arbeitsplätzen in der BRD (ebd. 83).

Sockel der Arbeitslosigkeit weiter vergrößert hat, weil Beschäftigungsdefizite in der Aufschwungphase nicht aufgefangen werden konnten. Statt sinnvoller Arbeit wird – volkswirtschaftlich unrentabel – Arbeitslosigkeit in Deutschland mit jährlich insgesamt ca. 200 Mrd. DM finanziert. Durch Wachstum ohne Beschäftigungsperspektiven und mit weiterem Beschäftigungsabbau haben weder der Markt noch der Staat die Möglichkeit, das gesellschaftlich vorhandene „Humankapital“ der Arbeitslosen, also ihre Leistungsfähigkeit und -bereitschaft zu nutzen und den Menschen ausreichende Existenzsicherung zu bieten.

Der pathologische Umgang der Politik mit der Arbeitslosigkeit und der Angst vor neuen Lösungen und Instrumentarien dokumentiert eine fehlende Analyse der vorherrschenden Arbeitsgesellschaft. Zuehrend schneller werdende Wandlungsprozesse, Globalisierung, Weltmarktkonkurrenz, neue Unternehmerorganisationen, Veränderungen in Osteuropa u. ä. mit den bekannten Folgen von Arbeitsplatzreduzierungen, von Firmenpleiten, Verlagerung von Produktionen ins Ausland zur Gewinnmaximierung, zunehmender Rationalisierung und Technisierung sind heutige Kennzeichen der Gesellschaft. So werden die Gewinner immer reicher, die Verlierer immer zahlreicher, ärmer und machtloser. Die Unternehmensphilosophie hat sich geändert: Der Mensch wird zunehmend als risikoreicher Kostenfaktor gesehen. Im Mittelpunkt steht die Verwertung und Vermehrung von Kapital, das sich in den Händen weniger konzentriert. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten wird von Entscheidungsmöglichkeiten und Kapitalzuwachsen ausgeschlossen. Einige Belege hierzu:

50% des Volkseinkommens wird mittlerweile durch Vermögen, nicht durch Beschäftigung erwirtschaftet; Gewinne werden in einigen Branchen an der Börse und nicht mehr in der Produktion gemacht; der Aktienindex stieg von 91 bis 97 um insgesamt 247%; jährlich über 150 Mrd. DM gehen dem Staat an nicht gezahlten Steuern verloren.

Das Handeln der politisch Verantwortlichen beweist, daß die Privilegien der Wohlhabenden erhalten bleiben und der Sozialstaat sich in allen Sozialbereichen auf nicht bedarfsdeckende Mindest- und Grundversorgungsstandards reduziert. Solange Steuerkriminalität und Schattenwirtschaft üppig wuchern, werden durch die Bekämpfung von Sozialmißbrauch falsche Prioritäten gesetzt.

Folglich steht die soziale Einheit unter den Menschen auf

dem Spiel. Formaler sozialer Gerechtigkeit steht wachsende Ungerechtigkeit gegenüber. Da wächst eine interne „Spaltung und Desintegration“ von Menschen in Armut, die vom gesellschaftlichen Reichtum abgekoppelt werden. „Perspektivlosigkeit und Angst vor dem sozialen Abstieg sind der Nährboden für Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit“, schreiben die Kirchen in ihrem Sozialwort.¹³ Weil kein Feind direkt auszumachen ist, richten betroffene Menschen ihre Aggressionen häufig gegeneinander. Als Folge breiten sich Gewalt, Fanatismus und Kriminalität aus. Der soziale Friede sowie das Miteinander in der Gesellschaft sind massiv erschüttert. Faßt man diese Prozesse zusammen, wird deutlich, mit welcher Arroganz in der Gesellschaft mit Arbeitslosen und Armen umgegangen wird. Appelle an die Vernunft und Solidarität wirken zynisch gegenüber Personen, denen das Wasser bis zum Halse steht und die tagtäglich um ihre Existenzgrundlage kämpfen und bangen müssen. Diese Menschen haben genug mit sich zu tun, brauchen Unterstützung und nicht noch zusätzliche Existenzbedrohungen. Man erwartet ein Umdenken in der Politik, ein Gerechtigkeitsdenken, das allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an den Wirtschaftsgütern sichert. In einem offenen Brief haben Bewohnerinnen Sozialer Brennpunkte aus der Diözese Münster ihre Situation verantwortlichen PolitikerInnen so beschrieben:

„Die Diskussion über den Mißbrauch und die Kürzungen von Sozialleistungen hat bei uns das Klima verändert. Nachbarn, Freunde, Verwandte bespitzeln sich gegenseitig, man braucht ja nur dem Amt was zu sagen . . . Es herrscht Unfrieden und Mißtrauen, Gewalt und Wut nehmen zu. Niemandem können wir trauen. Freunde hat man nur dann, wenn man Geld hat . . . Wir sind zwar die Betroffenen, aber uns fragt bei den schon Monate andauernden Spardiskussionen keiner, wie es uns geht. Wir werden nie gefragt, und schon gar nicht, wie wir mit dem bißchen, was wir kriegen, über die Runden kommen!“

¹³ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit 1997, 53.